

Pressekonferenz am 09.11.2020, 10.00 Uhr, online aus Berlin
Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung
„Inklusion an Schulen aus Sicht der Lehrkräfte in Deutschland –
Meinungen, Einstellungen und Erfahrungen“
im Auftrag des VBE Bundesverbandes
(mit Stichproben für Baden-Württemberg, Bayern, NRW und Rheinland-Pfalz)

Sprechzettel von Udo Beckmann
Bundesvorsitzender VBE
- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

finden Sie nicht auch: 11 ½ Jahre – das ist eine lange Zeit. Da kann man etwas mehr als eine Elbphilharmonie bauen oder – der Witz auf eigene Kosten sei erlaubt – einen halben Flughafen. Oder aber: Man ratifiziert ein Abkommen und tut – nicht viel. So geschehen mit der UN-Behindertenrechtskonvention. Diese wurde zwar im März 2009 von Deutschland ratifiziert, aber die damit einhergehenden Konsequenzen; welche die politisch Verantwortlichen daraus hätten ziehen müssen, stehen bis heute aus. Die Staaten sind laut Konvention dazu verpflichtet, unter Ausschöpfung der „verfügbaren Mittel“ Maßnahmen zu treffen, „um nach und nach, die volle Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen“. Tun Sie das? Nutzt die Politik alle verfügbaren Mittel, um das politisch ausgerufen Ziel der Inklusion in Schulen zu verwirklichen? Mit Blick auf unsere mittlerweile dritte repräsentative forsa-Umfrage zum Thema sage ich ganz klar: Nein.

[Chart 2] Forsa befragte im Auftrag des VBE im September und Oktober 2020 bundesweit 2.127 Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen. Über 1.000 von ihnen unterrichten an Schulen mit inklusiven Lerngruppen. 745 von ihnen unterrichten selbst in einer inklusiven Lerngruppe. Durch wiederkehrende Fragen ist im Längsschnitt ein Vergleich zu den Umfragen aus 2015 und 2017 möglich. Außerdem gibt es einen aktuellen Befragungsteil zur Corona-Zeit. Die Umfrage ist umfangreich. Wir haben manchen Befragten über 30 Fragen gestellt. Im Folgenden kann ich davon nur einen kleinen Teil beleuchten und hoffe, dass Sie die Ergebnisse in Ihrer weiteren Berichterstattung zu diesem Thema gut verwenden können.

Das vorweg: Von den über 8 Millionen Schülerinnen und Schülern in allgemeinbildenden Schulen haben 6 ½ Prozent einen festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf. Etwas weniger als die Hälfte von ihnen, insgesamt 235.000, werden an einer Regelschule unterrichtet, die anderen an Förderschulen. Fast 4 von 10 haben Schwierigkeiten beim Lernen und je 2 von 10 der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen haben diesen aufgrund von ihrer geistigen oder der emotionalen-sozialen Entwicklung. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass in einigen Bundesländern, zumindest in den ersten Grundschuljahren, gar nicht überprüft wird, ob ein solcher besteht.

Unsere Erkenntnisse können so zusammengefasst werden: Klamme Kassen und zu wenig politischer Gestaltungswille führen zu einer desolaten Personalausstattung mit zu wenig Unterstützung der Lehrkräfte durch andere Professionen, mangelhafter Qualifizierung des vorhandenen Personals und fehlender vollständiger Barrierefreiheit. Die Klassen bleiben unverändert groß. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Schulen können ihren Inklusionsauftrag unter den gegebenen Rahmenbedingungen nach wie vor nicht erfüllen. Mehr als ernüchternd können wir damit feststellen: Die politisch Verantwortlichen lassen die schulische Inklusion scheitern!

Doch schauen wir gerne im Einzelnen auf die Ergebnisse: [Chart 3] Noch immer sind nur 16 Prozent der Schulen vollständig barrierefrei. Es tut sich zwar etwas zwischen „überhaupt nicht barrierefrei“ und „nahezu barrierefrei“, aber diese Verschiebung liegt mit Blick auf 2015 bei 7 Prozent. Das reicht nicht aus! Zumal noch immer die Hälfte der Schulen nicht adäquat ausgestattet ist. Barrierefrei meint dabei übrigens nicht nur den stufenlosen Zugang und einen Fahrstuhl. Nicht immer ist eine Behinderung sichtbar. [Chart 4] Kinder mit Autismus-Spektrum-Störungen benötigen zum Beispiel schallgeschützte Räumlichkeiten, die nur an 14 Prozent der Schulen vorhanden sind. Solche Räume, wie auch welche für Kleingruppen und Differenzierungsräume, wie es sie an nicht einmal der Hälfte der Schulen gibt, sind auch hilfreich, um Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen zeitweise aus der Lerngruppe zu nehmen und individuell zu fördern - oder schlichtweg, weil für manche Kinder große Lerngruppen eine unerträgliche psychische Belastung sind.

Apropos Lerngruppe. Werden diese eher verkleinert, eher in ihrer Größe beibehalten oder eher vergrößert, wenn Schülerinnen oder Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen hinzukommen? [Chart 5] Zwei von drei Befragten sagen, dass die Klassen gleich groß bleiben. An der Grundschule sind es sogar drei von vier. [Chart 6] Dabei steigt die durchschnittliche Schülerzahl weiter an. Ein Kind mehr als noch 2017 ist in einer inklusiven Lerngruppe. An Grundschulen ist der Wert seit 2017 sogar von 17,3 auf 19,2 gestiegen. In einer inklusiven Lerngruppe an der Grundschule haben vier Kinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf.

Werden die Lehrkräfte denn wenigstens angemessen auf die damit einhergehenden Herausforderungen vorbereitet? Nun, das werden sie nach wie vor nicht! [Chart 7] Jede fünfte der befragten Lehrkräfte gibt an, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer, die eine inklusive Lerngruppe übernommen haben, darauf nur maximal eine Woche vorbereiten konnten. [Chart 8] Über die Hälfte sagt, dass die Kolleginnen und Kollegen keine sonderpädagogischen Kenntnisse hatten. Fast die Hälfte, dass es keine begleitende Fortbildung gibt und keine Erfahrungen im gemeinsamen Unterricht gesammelt werden konnten. Jede dritte befragte Lehrkraft gibt an, dass es keine speziellen Fortbildungen gab. Ein Lichtblick: Inklusion kommt mittlerweile zumindest in der Ausbildung häufiger vor, aber noch immer sagt dies nur eine von vier Lehrkräften. [Chart 9] Bei all diesen Befunden verwundert es nicht, dass das Fortbildungsangebot von 44 Prozent der Befragten mit mangelhaft oder ungenügend bewertet wird und damit durchfällt! Das zeigt zusätzlich, wie groß die Diskrepanz ist zwischen dem Stellenwert, den Politik der schulischen Inklusion in Sonntagsreden einräumt, und den Ressourcen, die sie tatsächlich bereit ist, für eine gelingende Inklusion zur Verfügung zu stellen.

Hinzu kommt: Obwohl 97 Prozent aller Befragten sagen, dass eine Doppelbesetzung mit sonderpädagogischen und Regellehrkräften in inklusiven Lerngruppen notwendig sei, gibt es das nur an der Hälfte der Schulen mit inklusiven Lerngruppen. Werden die Lehrkräfte denn anderweitig unterstützt? [Chart 10] Jein. Zwar gibt es an vier von fünf Schulen mit inklusiven Lerngruppen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Dies ist eine deutliche Steigerung seit 2015. [Chart 11] Jedoch: An fast einem Viertel nur zeitweilig an ausgewählten Schultagen. Dies gilt für 33 Prozent der entsprechenden Grundschulen.

Überhaupt, Grundschulen: Sie werden an der ein oder anderen Stelle schon bemerkt haben, dass ich Sie immer wieder auf die noch schlechtere Situation an dieser Schulform hinweise. Und das ist doch paradox: Die Schule, die „eine Schule für alle“ sein soll, kann diesen Anspruch am wenigstens einlösen, weil sie dafür besonders schlecht ausgestattet ist. Hinzu kommt, dass die Lehrkräfte, die dort arbeiten, oftmals auch noch in niedrigere Einkommensgruppen eingeordnet werden und weniger Lohn erhalten, weil ihre Basisarbeit verkannt wird.

Was positiv auffällt bei der Befragung: [Chart 12] Über die Hälfte der Lehrkräfte, die an Schulen mit inklusiven Lerngruppen arbeiten, geben an, dass sich die Lehrkräfte über die Herausforderungen des inklusiven Unterrichtens mindestens wöchentlich austauschen. Allerdings sind es an der Grundschule 70 Prozent, am Gymnasium 34 Prozent. [Chart 13] An Schulen mit einem Austausch findet dieser nur an einer von fünf Schulen in institutionalisierten Koordinierungsstrukturen und bei 16 Prozent nur zu festen Zeiten innerhalb der Arbeitszeit statt. Also Freiwilligkeit und Ausnutzung intrinsischer Motivation anstelle von verlässlichen, gesicherten und bezahlten Strukturen.

Noch ein Thema: Corona: [Chart 14] 70 Prozent der Befragten an, dass die Schülerinnen und Schüler während der Schulschließungen nicht ausreichend gefördert werden konnten. Sogar vier von fünf Lehrkräften von Förderschulen sagen dies. 63 Prozent aller Lehrkräfte, aber sogar 75 Prozent der Lehrkräfte von Förderschulen stimmen der Aussage zu, dass bei den Schulöffnungen die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen in den Vorgaben der Schulministerien nahezu vergessen wurden.

Was nun? Was tun? Für eine optimale Unterstützung braucht es laut 85 Prozent aller Befragten multiprofessionelle Teams. Diese gibt es aber nur an einem Drittel der Schulen! 74 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die coronabedingten Einschränkungen zu einem Rückschritt bei der Inklusion geführt haben, weil der Alltag fehlte. Die Corona-Krise hat uns allen schmerzlich vorgeführt, welche Defizite das Bildungssystem hat. So sehr wie die Schulschließungen für fast alle Kinder, Jugendlichen und Eltern Entbehrungen mit sich brachte, so trifft es die aber noch mal umso härter, die auf besondere pädagogische Fähigkeiten von dafür ausgebildeten Fachkräften angewiesen sind.

Das alles stimmt mich nicht optimistisch. Und die Lehrkräfte sehen das auch so. [Chart 15] Während 56 Prozent die gemeinsame Beschulung grundsätzlich sinnvoll finden, denken nur 27 Prozent, dass dies zurzeit praktisch sinnvoll umsetzbar ist. [Chart 16] Nur etwas höher ist die Quote übrigens bei Lehrkräften mit eigener Erfahrung. Sind inklusive Lerngruppen an der Schule oder unterrichtet die Lehrkraft selbst in einer, hält jede dritte es auch unter den momentanen Gegebenheiten für sinnvoll.

Den Lehrkräften wird Unrecht getan, wenn unterstellt wird, dass sie sich nicht für die Inklusion gerademachen würden. Aber Sie haben gehört, wie die Bedingungen sind. Und es ist nur allzu verständlich, dass mit den Erfahrungen, die die Lehrkräfte machen, viele Bedenken haben, ob alle Kinder gemeinsam ausreichend gefördert werden können. Oder gemeinsamer Unterricht nicht doch eher zur Benachteiligung von Kindern mit besonderem Förderbedarf führt. [Chart 17] So ist es nur allzu verständlich, dass eine deutliche Mehrheit von 83 Prozent für den mehrheitlichen Erhalt der Förderschulen stimmt. Diese Aussage darf aber nur in Zusammenhang mit der Benotung der Inklusionspolitik gesehen werden. [Chart 18] Diese erhält eine 4,5. Dabei erhalten Landesregierungen und Kultusministerien noch schlechtere Noten von denen, die besonders betroffen sind: denen, die inklusive Lerngruppen an der Schule haben, denen die selbst in inklusiven Lerngruppen unterrichten, und den Lehrkräften von Förderschulen (nämlich eine 4,6 bis 4,8). Ein fatales Zeugnis nach 11 ½ Jahren Bewährungsprobe.

Was braucht es jetzt? Ein Einsehen und ein Umsteuern, weil es so nicht funktionieren kann. Inklusion ist kein Sparmodell! Unsere Forderungen von 2017 gelten daher unverändert fort:

- 1) die **Doppelbesetzung aus Lehrkraft und Sonderpädagoge** (46 Prozent),
 - 2) die Unterstützung durch **multiprofessionelle Teams** ([Chart 19] 36 Prozent),
 - 3) die **schulbaulichen Voraussetzungen** (16 Prozent vollständig barrierefrei),
 - 4) **kleinere Klassen** (an 29 Prozent der Schulen verringerte Klassengröße),
 - 5) **bessere Vorbereitung** durch angemessene Aus-, Fort- und Weiterbildung (Note 4,3).
- Zudem braucht es bessere Gesundheitsfürsorge des Dienstherrn ([Chart 20]).